

274. Sitzung der Fluglärmkommission
Frankfurt Main
am 14. Februar 2024

Abschlussbericht zur Umsetzung des
passiven Schallschutzes im
Lärmschutzbereich des Flughafens
Frankfurt Main

Thomas Plich

Leiter des Dezernats Luft- und Güterkraftverkehr, Lärmschutz



Inhalt

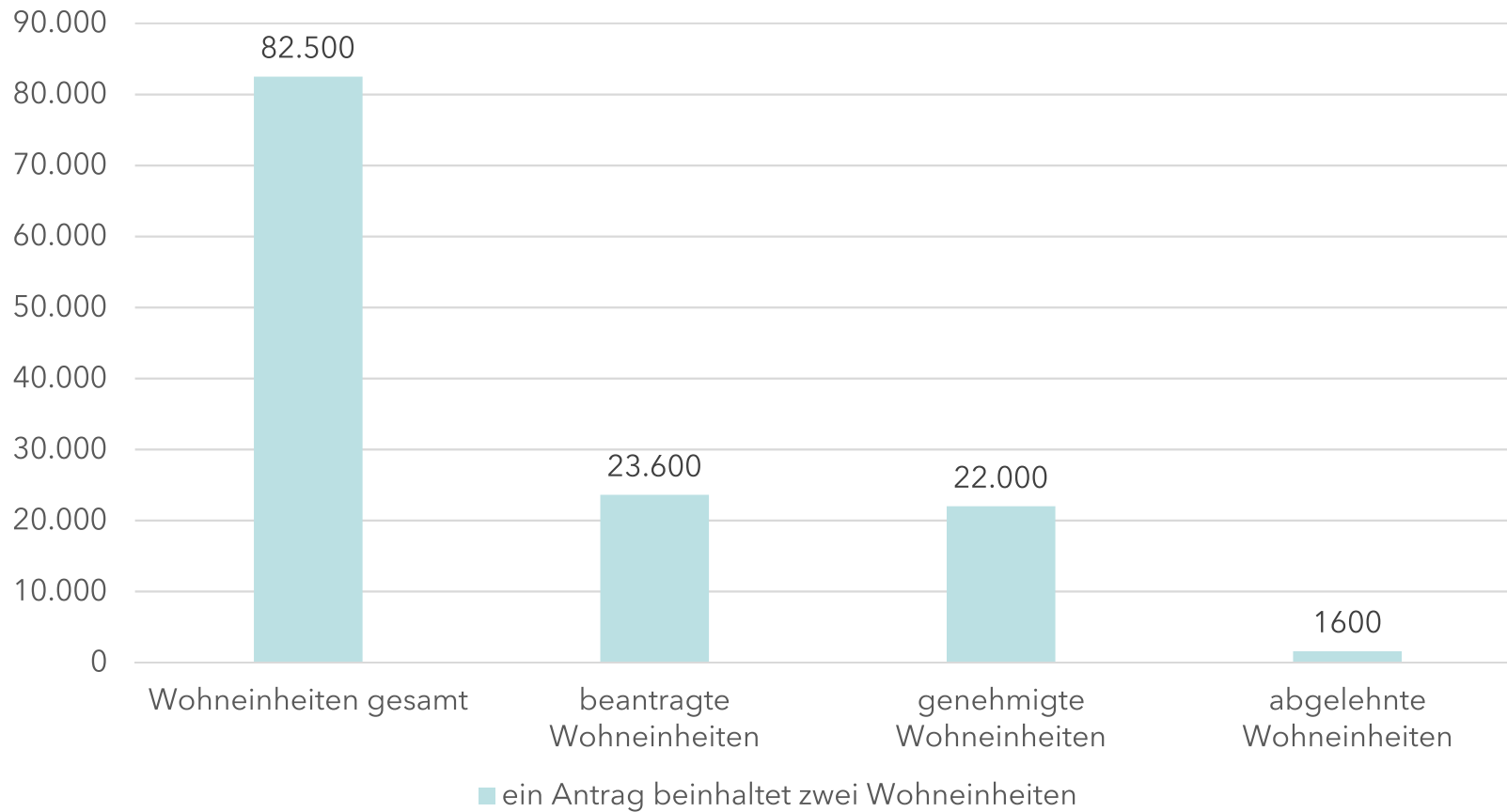
1. Kostenerstattung nach dem Fluglärmschutzgesetz
2. Zuschüsse nach dem Regionalfondsgesetz
3. Entschädigung nach dem Fluglärmschutzgesetz
4. Klageverfahren
5. Zusammenfassung

1. Kostenerstattung

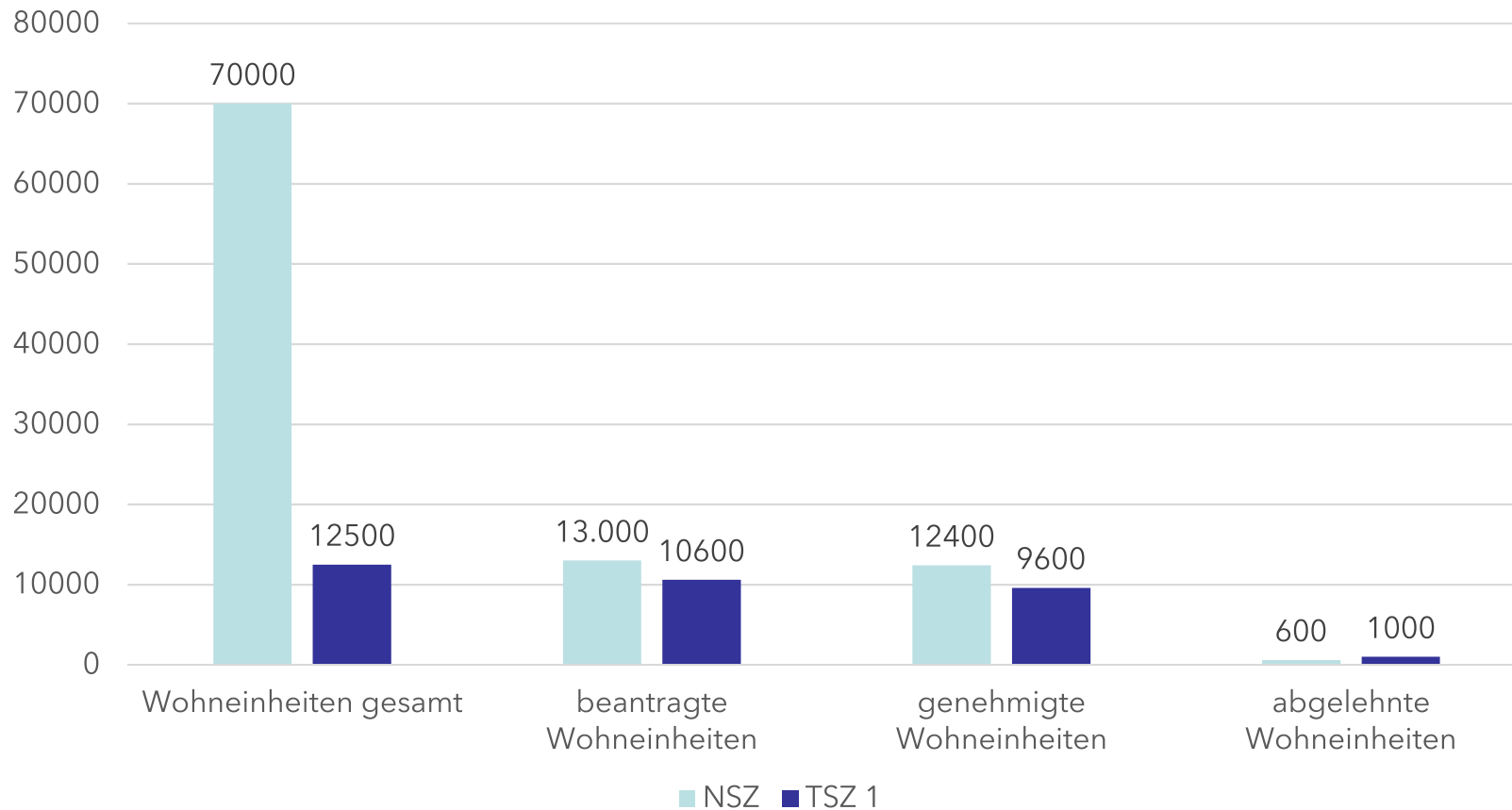
(§§ 9 Abs. 1, 2 FlugLärmG i.V.m. 2. FlugLSV)

- Erstattung von Kosten für Schallschutzmaßnahmen für alle Aufenthaltsräume von Immobilien in der Tagschutz-Zone 1 (TSZ) und für Schlafräume von Immobilien in der Nachtschutz-Zone (NSZ)
- Die Frist zur Geltendmachung des Erstattungsanspruchs war vom 13. Oktober 2011 - 12. Oktober 2021. Corona bedingt wurde die Frist zur Umsetzung von Maßnahmen bis zum 12. Oktober 2022 verlängert. Die Verfahren waren am 31. März 2023 abgeschlossen.
- Die Verfahrensdauer betrug ca. drei Monate bis zur Zusicherung und ca. ein Monat bis zur Festsetzung des Erstattungsbetrags

Übersicht über beantragte Wohneinheiten



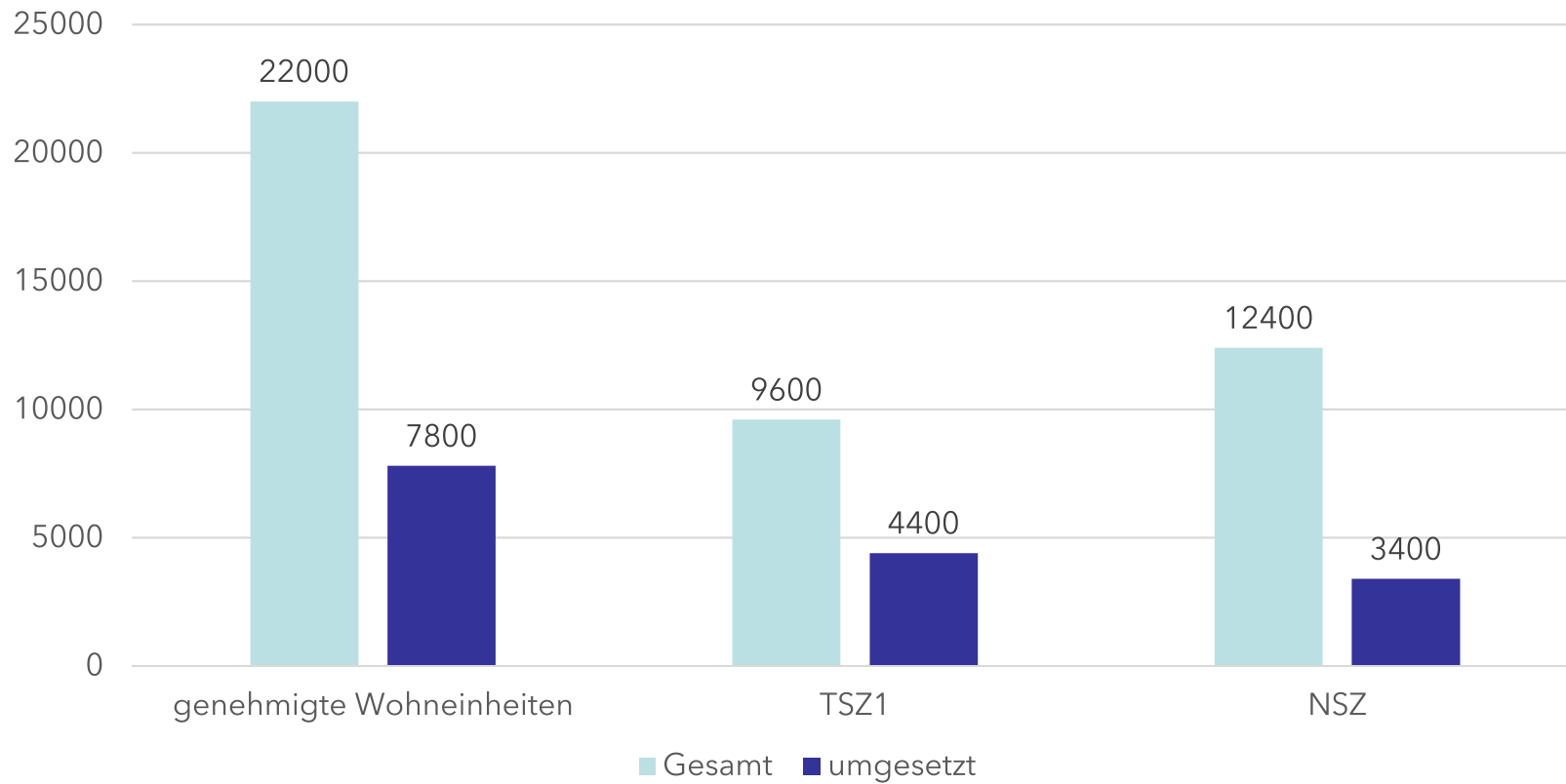
Antragsübersicht nach Wohneinheiten in TSZ1 + NSZ



Gründe für die Ablehnung von Anträgen

- Wohnimmobilie liegt außerhalb der TSZ 1 oder NSZ
- Wohnimmobilie musste bereits im Zeitpunkt der Errichtung den Schallschutzanforderungen genügen (ETB)
- Räumlichkeiten verfügten bereits über das erforderliche Bauschalldämm-Maß
- Keine prüffähigen Anträge wegen fehlender Unterlagen

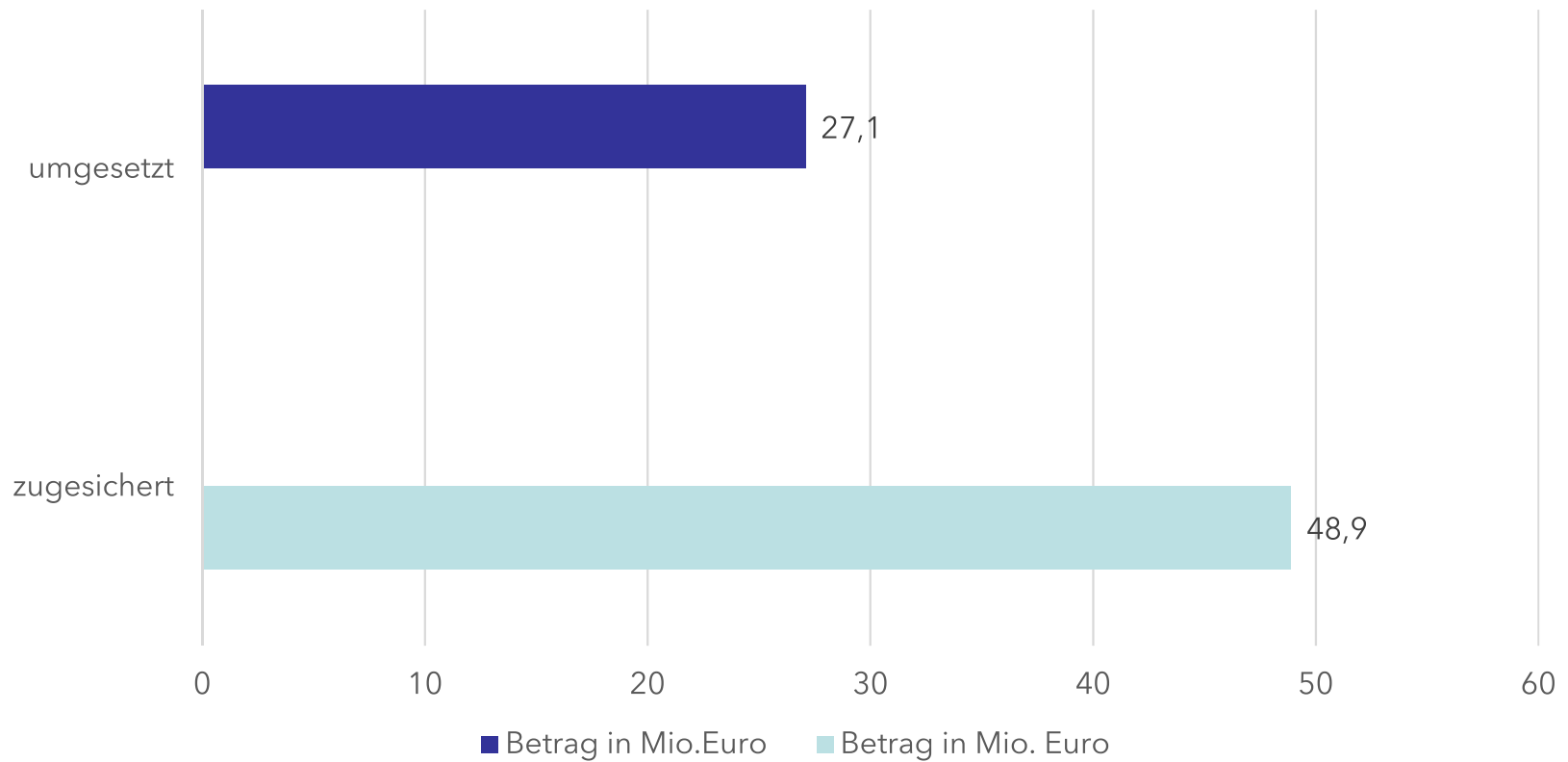
Umsetzung der zugesicherten Maßnahmen in Wohneinheiten



zugeseicherte Maßnahmen

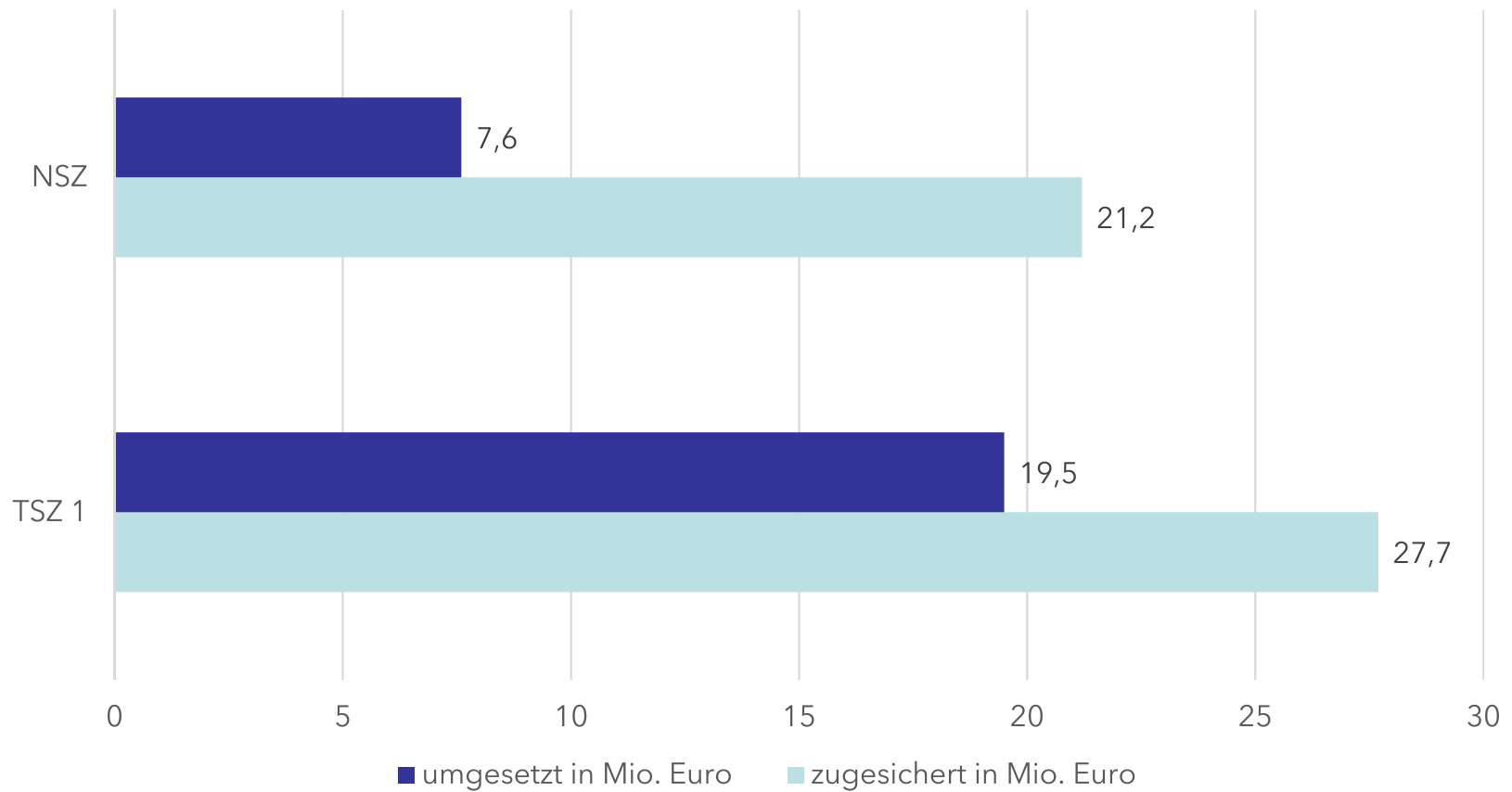
Maßnahme	zugeseichert
Belüftungseinrichtungen	40.000
Rolladenkastendämmungen	22.200
Fenster und Fenstertüren	17.600
Dachdämmungen	3.200

Zugesicherte und tatsächliche Kosten für Maßnahmen in TSZ 1 + NSZ





Zugesicherte und tatsächlich umgesetzte Maßnahmen



Gründe für die fehlende Umsetzung von Maßnahmen

- Maßnahme entsprach nicht der erwarteten Maßnahme und wurde abgelehnt
- Eine Vorfinanzierung der Maßnahme war durch die Betroffenen nicht möglich
- Die zugesicherte Maßnahme stellte nur einen Teil der gewünschten Maßnahme dar (z.B. Dachdämmung)
- der Einbau von Lüftern wurde überwiegend abgelehnt



Kommune	Anträge (Private, schutzb. Einrichtungen)	bewilligte Anträge	Zugesicherte Maßnahmen in Euro	Festsetzungen	Umgesetzte Maßnahmen In Euro
Bischofsheim	240	231	764.181	46	127.814
Büttelborn	1.023	669	2.257.707	264	967.163
Darmstadt	707	699	1.973.457	193	701.590
Flörsheim	1.894	1.851	7.222.022	673	4.909.638
Frankfurt	1.330	1.279	8.015.893	468	4.430.278
Gi/Gustavsb.	45	42	134.599	10	56.412
Griesheim	70	70	138.131	10	33.770
Groß-Gerau	12	11	23.323	2	9.325
Hattersheim	36	36	129.501	12	118.406
Hochheim	298	287	378.040	40	59.121



Kommune	Anträge (Private, schutzbed. Einrichtungen)	bewilligte Anträge	Zugesicherte Maßnahmen in Euro	Festsetzungen	Umgesetzte Maßnahmen In Euro
Kelsterbach	10	8	32.537	1	18.034
Mörfelden- Walldorf	479	432	2.407.982	228	1.413.620
Nauheim	1.260	1.226	6.050.659	544	3.713.722
Neu-Isenburg	693	590	3.021.472	294	2.741.384
Offenbach	622	585	2.910.106	244	1.263.262
Pfungstadt	10	10	13.107	0	0
Raunheim	2.178	1.501	6.611.388	676	5.879.889
Rüsselsheim	1.465	1.292	5.441.232	559	2.498.506
Weiterstadt	329	270	951.566	111	554.369

2. Zuschüsse

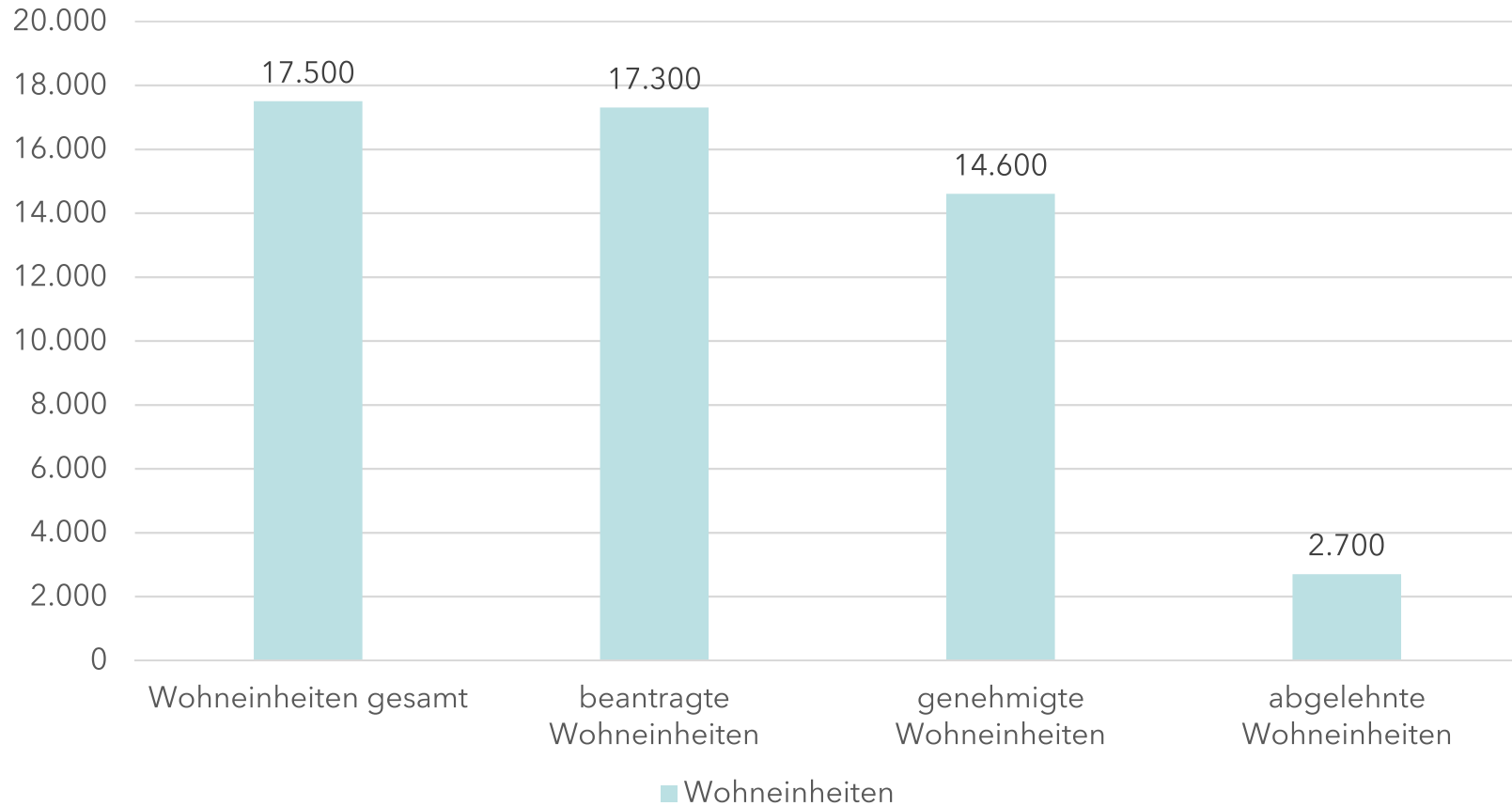
Regionalfondsgesetz i.V.m. Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung von Maßnahmen des passiven Schallschutzes und der nachhaltigen Kommunalentwicklung

- Diese Fördermittel stellen zusätzliche Leistungen zu der Kostenerstattung nach dem Fluglärmschutzgesetz dar. Private und schutzbedürftige Einrichtungen sollten ergänzend zu den Ansprüchen nach dem Fluglärmschutzgesetz weitere Maßnahmen des passiven Schallschutzes sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Raumklimas durchführen können.
- Frist zur Antragstellung: 01. Januar 2013 - 31. Dezember 2021
Corona bedingt wurde die Frist zur Umsetzung von Maßnahmen bis zum 01. Juli 2023 verlängert.
- Die Förderung endete am 31. Dezember 2023

2. Zuschüsse

- Für private Wohnimmobilien, die im Fördergebiet liegen, gab es Zuschüsse maximal i.H.v. bis zu 4.350 Euro je Wohneinheit
- Für 14.600 private Wohneinheiten sind Zuschüsse i.H.v. 43 Mio. Euro gezahlt worden
- Die Verfahrensdauer für die Zuwendung und Auszahlung von Fördermitteln aus dem Regionalfonds betrug zwei bis vier Wochen

Antragsübersicht



Kommune	Anträge	Zuwendungen	Zuschüsse in Euro
Büttelborn	798	762	3.719.714
Flörsheim	1.441	1.243	6.353.073
Frankfurt	526	400	2.066.602
Hattersheim	8	8	34.996
Kelsterbach	6	5	17.439
Mö.-Walldorf	204	132	677.109
Nauheim	1.130	961	4.194.239
Neu-Isenburg	408	307	1.810.417
Offenbach	91	5	29.588
Raunheim	2.431	2.204	11.070.833
Rüsselsheim	1.418	1.177	12.499.707
Weiterstadt	98	82	440.510

2. Zuschüsse

- Für Kitas und Schulen in der TSZ 1 sah die Förderrichtlinie Maximalzuschüsse entsprechend der Schüler-/Kinderzahl vor
- 23 Einrichtungen waren förderberechtigt, zwei Einrichtungen verschoben Fördermittel in die nachhaltige Kommunalentwicklung; zwei Einrichtungen wurden aufgegeben; eine Kommune hat Fördermittel für zwei Kitas/Schulen für ein Projekt verwendet
- 18 Einrichtungen bekamen Fördermittel für Schallschutzmaßnahmen i.H.v. 10.4 Mio. Euro ausgezahlt

2. Zuschüsse

bei Kitas/Schulen in der TSZ 1 wurden folgende Maßnahmen gefördert:

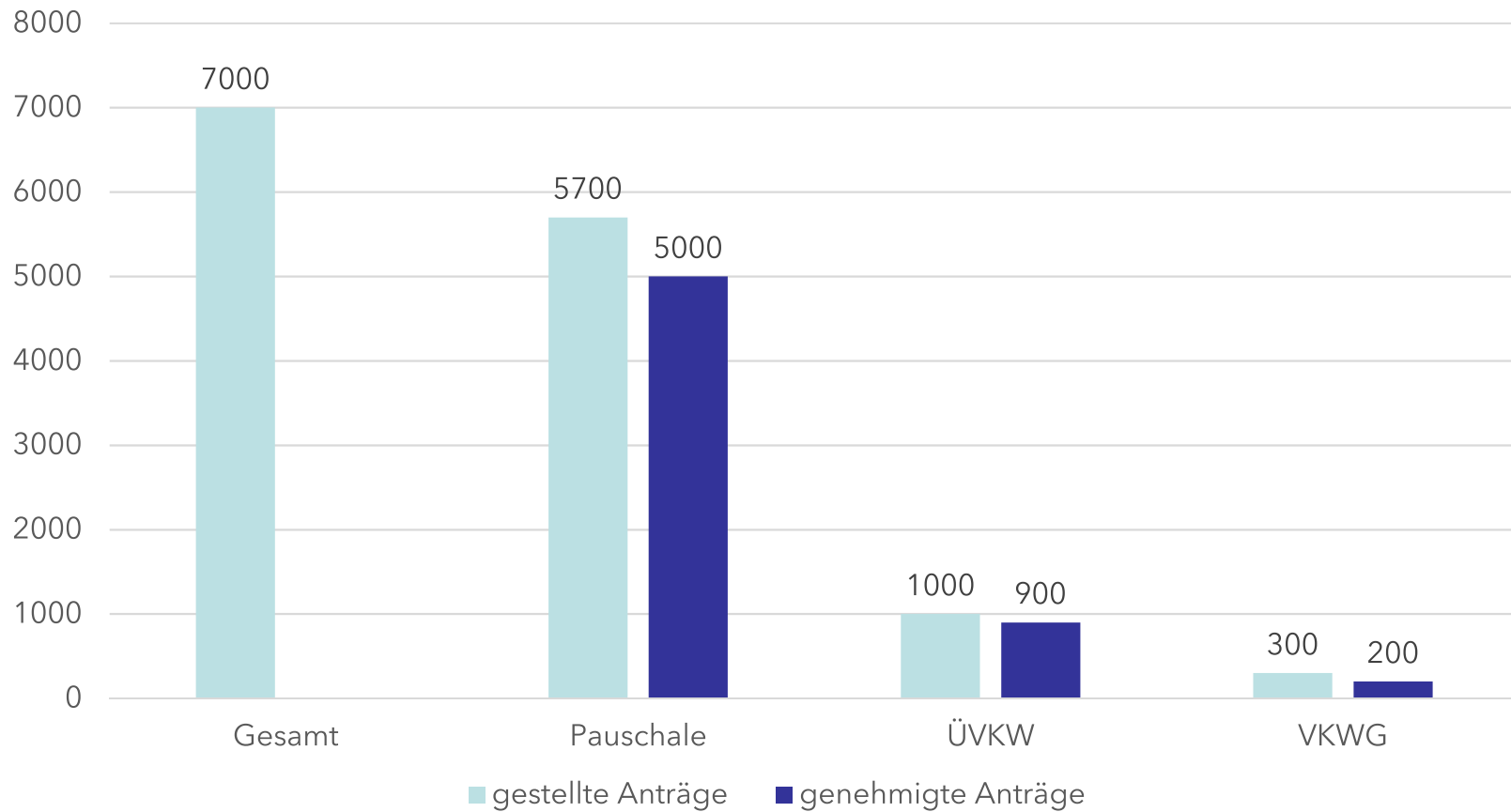
- Einbau von Fenstern/Außentüren/Oberlichtern/Lichtkuppeln mit hoher Schallschutzqualität - in der Regel Schallschutzklasse 4 - in allen Räumen
- Ergänzung zentraler oder dezentraler Lüftungsanlagen durch den Einbau von Klimaanlage oder Ergänzung mit zusätzlicher Kühltechnik
- Einbau von zusätzlichen Akustikdecken raumseitig unter der Dachkonstruktion
- Ertüchtigung der Außenwand- und Dachflächen bei Gebäuden in Holzbauweise mit zusätzlicher Dämmschicht

3. Entschädigung

(§ 9 Abs.1 FluglärmG i.V.m. 3. FlugLSV)

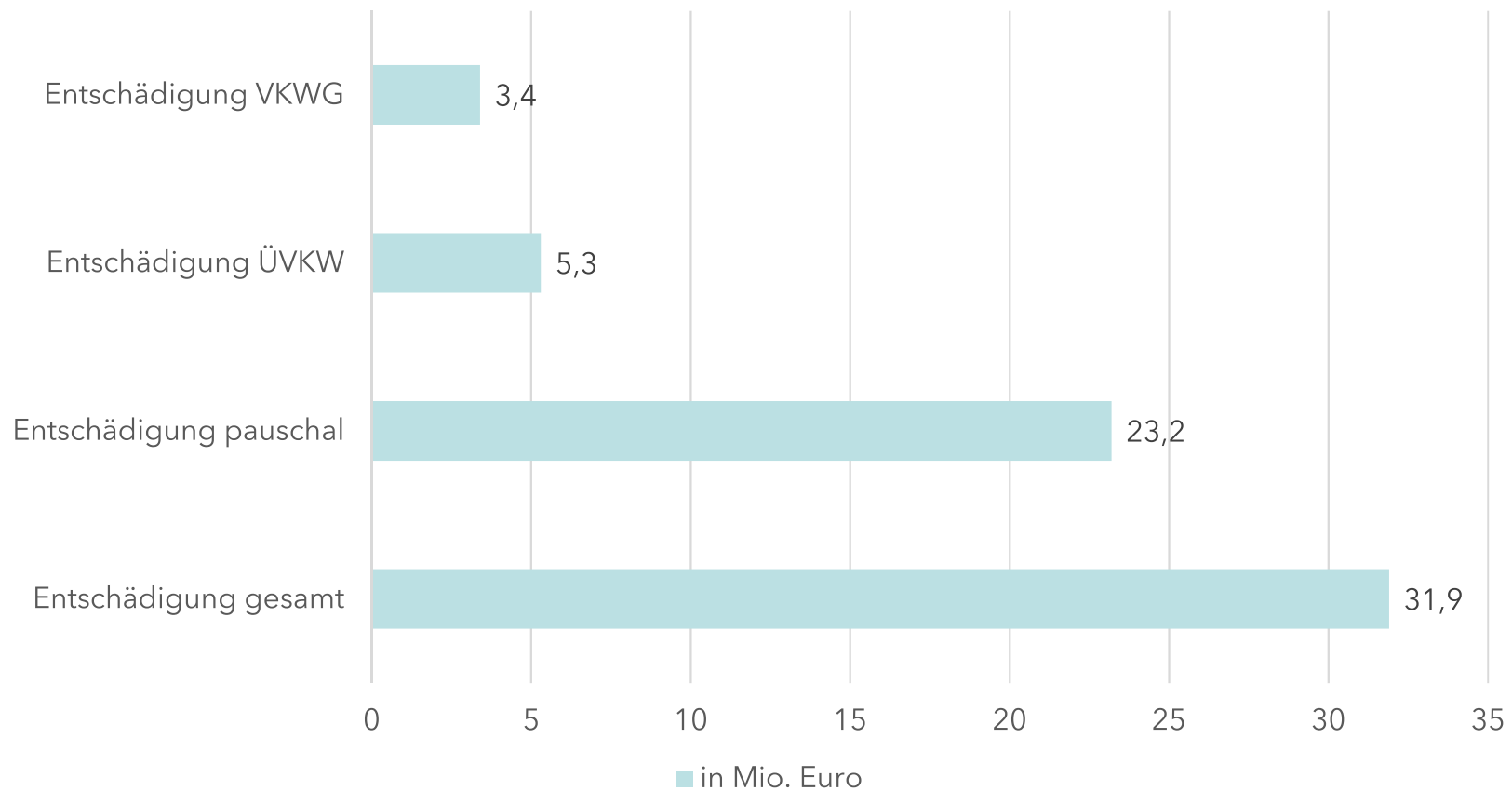
- Eine Entschädigung für fluglärmbedingte Beeinträchtigungen der Nutzbarkeit des Außenbereichs von Wohnungen und schutzbedürftigen Einrichtungen erhielten Eigentümer von bebauten Grundstücken in der TSZ 1 (12.500 Haushalte)
- Es konnte entweder eine pauschale Entschädigung je nach Haustyp (EFH: 3.700 Euro, ZFH: 4.440 Euro, MFH: 1.480 Euro je weiterer Wohnung, EW: 2.220 Euro) oder eine erhöhte Entschädigung (1,48 % des für die Immobilie ermittelten Verkehrswertes - überschlägig/Gutachten -) beantragt werden
- Die Verfahrensdauer betrug zwei bis vier Wochen (Pauschale) oder vier bis zwölf Monate (erhöhte Entschädigung)
- Frist zur Antragstellung: 13. Oktober 2016 - 12. Oktober 2021

Antragsübersicht





Gezahlte Entschädigungen





Kommune	Antrag Pauschale	Festsetzungen	Betrag in Euro
Bischofsheim	12	0	0
Büttelborn	70	24	89.910
Darmstadt	2	0	0
Flörsheim	1.274	1.140	4.026.360
Frankfurt	285	256	1.024.860
Griesheim	1	0	0
Groß-Gerau	3	2	7.400
Hattersheim	5	4	14.430
Hochheim	5	0	0



Kommune	Antrag Pauschale	Festsetzungen	Betrag in Euro
Kelsterbach	3	3	17.000
Mö-Walldorf	71	52	282.680
Nauheim	985	945	3.502.420
Neu-Isenburg	378	364	1.627.260
Offenbach	11	5	17.760
Raunheim	2.065	1.790	9.411.950
Rüsselsheim	503	414	3.140.700
Weiterstadt	15	13	54.760



Kommune	Antrag (ÜVKW)	Festsetzungen	Betrag in Euro
Bischofsheim	1	0	0
Büttelborn	8	7	32.116
Darmstadt	1	0	0
Flörsheim	304	283	1.088.207
Frankfurt	325	297	2.774.512
Kelsterbach	2	0	0
Mö-Walldorf	5	4	20.276
Nauheim	142	124	571.502
Neu-Isenburg	90	68	300.366
Raunheim	121	91	389.980
Rüsselsheim	32	24	111.740

Kommune	Antrag VKWG	Festsetzungen	Betrag in Euro
Büttelborn	6	3	21.815
Flörsheim	20	9	70.131
Frankfurt	119	108	2.170.372
Hattersheim	3	3	17.568
Kelsterbach	1	0	0
Mö-Walldorf	5	3	17.938
Nauheim	39	36	293.127
Neu-Isenburg	48	47	512.835
Offenbach	6	2	15.344
Raunheim	48	19	152.614
Rüsselsheim	16	7	88.208

4. Klageverfahren

Gegenstand	Anzahl	abgewiesen/ zurück genommen	erfolgreich	Noch anhängig
Erstattung	54	52	0	2
Zuschuss	5	5	0	0
Entschädi- gung	3	1	1	1

Vier Klagen gegen die zugesicherte Erstattung von Maßnahmen wurden als Musterklagen beim BVerwG geführt und abgewiesen.

- Beschluss v. 18.02.2020 - 4 B 32.18 - (Lärmschutzbereichsverordnung)
- Urteile v. 03.12.2020 - 4 C 6.18 -, 4 C 7.18-, -4 C 8.18 - (§§ 7, 9 FluglärmG)

5. Zusammenfassung

- Im Zeitraum vom 13. Oktober 2011 bis 31. Dezember 2023 wurden insgesamt 27.500 Anträge bearbeitet (11.800 Anträge auf Erstattung, 8.700 Anträge auf Zuschüsse, 7.000 Anträge auf Entschädigung)
- Die Gesamtzahlungen durch die Fraport AG für umgesetzte Schallschutzmaßnahmen (27,1 Mio. Euro) sowie Entschädigungen (31,9 Mio. Euro) beliefen sich auf insgesamt **59,0 Mio. Euro**
- Das Land Hessen zahlte insgesamt Fördermittel i.H.v. **53,3 Mio. Euro** (42,9 Mio. Euro für Private + 10,4 Mio. Euro für Kitas und Schulen)
- Seit 31. Dezember 2023 ist die Antragsbearbeitung abgeschlossen

Regierungspräsidium Darmstadt

HESSEN



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Thomas Plich

Leiter des Dezernats Luft- und Güterkraftverkehr, Lärmschutz